

Für die Presse

Kurzfassung der Stellungnahme zur "Erklärung der Deutschen Kommission Justitia et Pax zum Krieg gegen die Ukraine" vom 26. März 2022

Prof. em. Dr. Josef Freise; apl. Prof. Dr. theol. habil. Thomas Nauerth; PD. Dr. theol. habil. Stefan Silber ;
Prof. Dr. theol. habil. Prof. h.c. Egon Spiegel

"Weithin liest sich die Erklärung wie eine politische Analyse. Kant wird als Maßstab genannt, die biblische Botschaft nicht, die Perspektive des Evangeliums fehlt", so das Fazit der vier katholischen Professoren. Auch die Aussage, wonach das "in der Lehre der Kirche bejahte (...) Recht auf Selbstverteidigung (...) im Falle der Ukraine völlig unbestritten gegeben" sei, sei so nicht haltbar. "Das Recht auf Verteidigung mit Waffen ist in der kirchlichen Lehre an strenge Bedingungen geknüpft. Es muss das letzte Mittel sein (...) und vor allem muss sichergestellt sein, dass sich durch bewaffnete Gegenwehr die Dinge bessern, also wirklich etwas geschützt oder verteidigt werden kann. Ist nur eine dieser Bedingungen nicht gegeben, ist bewaffnete Gegenwehr nicht erlaubt."

Die Professoren fragen, wer "nach diesen furchtbaren vier Wochen Krieg" noch behaupten will, "die Verhältnisse hätten sich durch die bisherige bewaffnete Gegenwehr verbessert?" und stellen grundsätzlich die Sinnhaftigkeit bewaffneter Gegenwehr "gegen eine atomar bewaffnete Macht" in Frage.

Stattdessen wird eindringlich darauf verwiesen, "dass seit Jahrzehnten umfangreiche Studien über die Möglichkeiten zivilen Widerstandes/Sozialer Verteidigung vorliegen." Vor diesem Hintergrund wird grundsätzlich festgestellt: "Bewaffnete Gegenwehr kann daher überhaupt nur dann letztes Mittel darstellen, wenn das andere Mittel eines zivilen Widerstandes erprobt worden ist. Sicher werden auch bei zivilem Widerstand Menschen sterben, aber – so die Erkenntnis empirischer Studien - wesentlich weniger und in der Regel vornehmlich die, die sich darauf vorbereitet haben. Bei gewaltsamer Gegenwehr aber sterben gerade diejenigen, die nie gefragt worden sind, ob sie zu diesem Preis verteidigt werden wollen, es sterben Alte, Kranke, Frauen und Kinder."

Für die Autoren der Stellungnahme muss die Frage nach der sittlichen Legitimität von Waffenlieferungen vor diesem Hintergrund diskutiert werden: "Wenn bewaffneter Widerstand nicht erlaubt ist, wenn Waffen aller Erwartung nach nur zu einer Verlängerung des Krieges und zu weiteren Opfern führen, dürfen keine Waffen geliefert werden."

Sie fordern weiter, dass sich Kirche aktiv einsetzt für Ausreise und Asyl für Kriegsdienstverweigerer in Russland wie in der Ukraine und verwehren sich gegen eine legitimierende Verschleierung der geplanten exorbitanten Aufrüstung deutschen Militärs. Es sei naiv, anzunehmen, dass eine solch massive Aufrüstung nicht auf Kosten der ebenfalls grundlegenden Klima-, Entwicklungs- sowie Sozialpolitik gehen wird.

Vermisst wird in der Erklärung der Kommission "Justitia et Pax" vor allem aber ein Blick auf die Opfer jeglicher Gewalt sowie die Perspektive eines wirklich gewaltfreien Stils für jegliches Handeln und für die Politik, wie sich das Papst Franziskus wünscht. "Über die für Papst Franziskus so zentrale Perspektive biblisch begründeter und politisch wirksamer Gewaltfreiheit ist im Papier der Kommission Justitia et Pax wenig zu lesen."

Die vier Professoren drücken abschließend ihre Hoffnung aus, dass die deutschen Bischöfe in Zukunft dafür Sorge tragen werden, die Kommission "Justitia et Pax" so auszurüsten, dass sie im Sinne der dringlichen Aufforderung des Papstes zur aktiven Gewaltfreiheit konkrete Vorschläge machen kann.